



## Arbeitsminister zu Gast am Niederrhein

Im Rahmen seiner Fachkräftetour besuchte NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann den Niederrhein und informierte sich über die Fachkräftesituation in der Region.

Zum Auftakt seiner Fachkräftetour machte NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann Station am Niederrhein. Nach einem Besuch bei der Ausbildungswerkstatt Gleisbau der Deutschen Bahn AG (DB) in Duisburg Wedau nahm der Minister am regionalen Fachkongress teil und diskutierte mit über 150 Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen, Weiterbildungsträgern sowie Beschäftigten, Auszubildenden und der lokalen Politik über erfolgversprechende Lösungen zur Personalgewinnung.

„Jede und jeder mit seinen ganz individuellen Qualifikationen und Talenten wird auf dem Arbeitsmarkt gebraucht. In erster Linie muss es uns gelingen, die

vorhandenen Potenziale zu heben und so viele junge Menschen wie möglich – auch diejenigen mit Startschwierigkeiten – in Ausbildung zu führen. Denn es braucht jede helfende Hand, um die Herausforderungen beim Klimaschutz, in der Pflege, bei der Digitalisierung oder der Erneuerung unserer Infrastruktur zu stemmen,“ sagte Laumann. Impulse und Ideen von denjenigen, die vor Ort ganz konkret mit dem Problem des Fachkräftemangels konfrontiert würden, seien dabei wichtig. Als Landesregierung wolle man die optimalen Rahmenbedingungen für die Bewältigung dieser Herausforderungen schaffen. „Der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Akteuren und Menschen in den Regionen hat für mich daher einen hohen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund freue ich mich

schon sehr auf die vielen Begegnungen und Eindrücke, die ich auf der nun beginnenden Fachkräftetour sammeln werde“, betonte der Minister.

Erster Halt in der Region Niederrhein war die Ausbildungswerkstatt Gleisbau der Deutschen Bahn AG (DB) in Duisburg Wedau. Dort sprach Minister Laumann mit Ausbildungsverantwortlichen und Auszubildenden über ihre Erfahrungen bei der Berufslehre und der Suche nach qualifizierten Nachwuchskräften.

Anschließend diskutierte Laumann auf dem von der Regionalagentur Niederrhein organisierten „Fachkräfte-Kongress Niederrhein“ in Moers mit über 150 Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen, Weiterbildungsträgern sowie Beschäftigten, Aus-

zubildenden und der lokalen Politik über erfolgversprechende Lösungen zur Personalgewinnung.

Werner Schaurte-Küppers, Präsident der Niederrheinischen IHK, erklärte: „Unsere Unternehmen suchen dringend Fachkräfte – das ist ein echtes Problem. Bei uns in Duisburg und am Niederrhein fehlen bis 2030 rund 40.000 Arbeitskräfte. Ohne Mitarbeiter können wir aber keine Aufträge mehr erledigen. Wenn das so weiter geht, ist unser Standort nicht mehr wettbewerbsfähig. Das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz des Bundes ist ein richtiger Ansatz. Allerdings müssen die Visa-Stellen und auch die kommunalen Behörden schneller werden. Außerdem brauchen wir eine Willkommenskultur. Es ist gut, dass die Landesregierung das alles nun voranbringen will. Das



In der Region Niederrhein wird in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich jeder vierte Beschäftigte in den Ruhestand gehen, betonte Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. FOTO: MAGS

hilft unseren Betrieben. Wir helfen gern mit.“ Angelika Wagner, Geschäftsführerin des DGB der Region Niederrhein, betonte: „Überall dort, wo es nicht genügend Fachkräfte gibt, kann weniger produziert und weniger Dienstleistung erbracht werden. Zeitgleich warten viele Menschen in unserer Region auf eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Um das Fachkräftepotenzial zu heben, brauchen wir eine gemeinsame Strategie. Die Gewerkschaften im DGB

begrüßen die Fachkräfteoffensive und sehen hier viele Gestaltungsmöglichkeiten.“ In der Region Niederrhein wird in den kommenden zehn Jahren voraussichtlich jeder vierte Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig werden deutlich weniger junge Menschen ins Berufsleben einsteigen. Daher müssen noch mehr Menschen Chancen eröffnet und auf ihrem Weg unterstützt werden. Einen Beitrag dazu leistet die Landesregierung mit dem neuen Programm

„Ausbildungswege NRW“. Mithilfe von Coaches sollen unversorgte, ausbildungsinteressierte junge Menschen für eine duale Ausbildung gewonnen und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unterstützt werden. Zugleich erhalten Betriebe Hilfe bei der Besetzung ihrer freien Ausbildungsstellen. Hierfür stellt die Landesregierung jährlich rund 17 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Landeshaushalt bereit. rps

RP Sonderausgabe Wirtschaft

### Neuer Mindestlohn im Dachdeckerhandwerk



Foto: IG BAU (R+W)hochgeladen von Theodor Groesdonk

Die tariflichen Mindestlöhne im Dachdeckerhandwerk steigen ab 2024 an. Zuletzt waren die Mindestlöhne 2022 erhöht worden. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Inflation waren sich die Tarifparteien einig, auch den im Dachdeckerhandwerk geltenden Mindestlohn anzupassen.



# Pressespiegel

Ausgabe: 27.09.2023



Verhandelt wurde der Branchenmindestlohn vom Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks (ZVDH) mit seinem Sozialpartner, der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Das Ergebnis wurde nun fristgerecht von beiden Parteien angenommen. Die Allgemeinverbindlichkeit für den TV Mindestlohn wurde beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) beantragt.

Die Mindestlöhne betragen

für ungelernete Arbeitnehmer\*innen -Mindestlohn 1 - 13,90 Euro ab dem 1. Januar 2024 sowie 14,35 Euro ab dem 1. Januar 2025. Als ungelernete werden diejenigen bezeichnet, die überwiegend Hilfs- und Vorbereitungstätigkeiten ausführen. Dazu gehören das Anreichen von Materialien sowie das Ein- und Ausräumen sowie das Reinigen von Baustellen.

Für gelernete Arbeitnehmer\*innen (Gesellen und Gesellinnen) - Mindestlohn 2 - 15,60 Euro ab dem 1. Januar 2024 sowie 16 Euro ab dem 1. Januar 2025.

Darunter fallen all diejenigen, die überwiegend fachlich qualifizierte Arbeiten des Dachdeckerhandwerks ausführen. Das bedeutet konkret: Sie können den Gesellenbrief im Dachdeckerhandwerk, Zimmerer- oder Klempnerhandwerk vorweisen oder einen Berufsabschluss, der diesem gleichgestellt ist.

Kommentar Carsten Burckhardt, Vorstandsmitglied der IG BAU

„Die Tarif- und Sozialpartner des Dachdeckerhandwerks übernehmen Verantwortung und gehen vorbildlich für fairen Wettbewerb und Sicherung der Einkommen einen gemeinsamen Schritt“, sagt Carsten Burckhardt, zuständiges Vorstandsmitglied der IG BAU für die Bauwirtschaft. „Die ab 1. Januar 2024 geltenden zwei Lohnuntergrenzen für Hilfs- und Facharbeiten schützen die Beschäftigten vor Lohndumping und sichern ihnen ein Mindesteinkommen. Zudem schützt dies die Betriebe, die ihren Fach- und Arbeitskräften den angemessenen Tariflohn zahlen, vor Billigkonkurrenz. Das ist auch heute, in Zeiten des hohen Fachkräftebedarfs, leider noch notwendig, da noch nicht alle Betriebe erkannt haben, dass eine Lösung des Problems nur mit guten tariflichen Arbeitsbedingungen und Bezahlungen zu erreichen ist.“

Kommentar ZVDH-Präsident Bollwerk

ZVDH-Präsident Dirk Bollwerk zeigt sich insgesamt mit den Verhandlungen zufrieden. „Auch wenn wir zum Teil kontrovers diskutiert haben, waren wir uns doch einig, für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Grundlage für ein auskömmliches Einkommen zu schaffen. Denn ohne die geballte Kraft des gesamten Dachdeckerhandwerks kann die Energiewende nicht gebaut werden. Und dass im Dachdeckerhandwerk wie überall ein Fachkräftemangel herrscht, ist auch kein Geheimwissen, daher sind gute Konditionen unabdingbar. Dennoch sollte im Blick behalten werden, dass wir von kleinen Handwerksbetrieben sprechen – im Schnitt mit 5,5 Mitarbeitenden – , die auch unter hohen Material- und Energiekosten leiden. Trotzdem bin ich froh, dass wir nun gemeinsam mit unserem Tarifpartner eine Lösung gefunden haben.“

Lokalkompass.de



## Vonovia verschärft Baukrise – Bund muss jetzt einsteigen und den Kurs mitbestimmen



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU, Tobias Seiferthochgeladen von Theodor Groesdonk

*Zum angekündigten Neubau-Stopp von Vonovia erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger:*

Fünf Tage vor dem Wohnungsbau-Gipfel im Kanzleramt lässt Vonovia die Katze aus dem Sack: Bei Deutschlands größtem Wohnungskonzern sollen die Pläne für 60 000 Wohnungen in der Schublade liegen – aber nicht gebaut werden.

60 000 Wohnungen: Das entspricht immerhin dem kompletten Wohnungsbestand von Bottrop oder Remscheid – und einem Fünftel der bundesweiten Neubauleistung des vergangenen Jahres.

Baut Vonovia nicht, ist das ein Paukenschlag für Deutschland – und eine Verschärfung der Bau-Krise. Das weiß Vonovia-Chef Rolf Buch. Damit kalkuliert er. Vonovia macht der Nation gerade deutlich, welchen Einfluss der Konzern auf dem Wohnungsmarkt hat. Vonovia will, dass sich das Bauen "wieder rechnet und lohnt". Im Klartext: Der Konzern will den Neubau solange auf Eis legen, bis deutlich mehr Fördergelder fließen und sich Mieten munter weiter nach oben schrauben lassen. Nicht umsonst erteilt Buch dem politischen Vorhaben eines Mieten-Stoppes eine klare Absage.

Ein Unter-Druck-Setzen durch Vonovia dürfen sich aber weder Politik noch Bauwirtschaft gefallen lassen. Es wird höchste Zeit, dass der Bund bei Vonovia einsteigt. Er muss einen Anteil von 25 Prozent plus eine Aktie erwerben – also die geringste und damit günstigste Sperrminorität in der Hauptversammlung und einen entsprechend effektiven Einfluss im Aufsichtsrat. Der Staat würde damit Einfluss auf die langfristige Strategie bei Vonovia bekommen – also auch auf den Neubau, die Modernisierungen und die Mietpreisentwicklung. Außerdem wäre dies ein starkes Signal: Der Staat würde damit deutlich machen, dass er sich – nach vielen Privatisierungen – auf dem Wohnungsmarkt wieder einmischt.

Der Appell der IG BAU an alle Akteure der Wohnungswirtschaft und der Politik ist klar: Auch und vor allem in der Krise muss gebaut werden. Jeder Neubau und jede Sanierung, die gestoppt wird, bedeutet eine Gefahr für Arbeitsplätze auf den Baustellen und in der Baustoffherstellung. Aber Kurzarbeit oder sogar Entlassungen dürfen wir uns nicht erlauben: Deutschland hat ein Rekord-Wohnungsdefizit. Schon deshalb wird jeder Bauarbeiter gebraucht. Wenn der Staat es jetzt zulässt, dass der Wohnungsbau in die Knie geht, dann riskiert er, dass Baukapazitäten abgebaut werden.



# Pressespiegel

Ausgabe: 27.09.2023



Die IG BAU warnt: Wir dürfen keinen Bauarbeiter nach Hause schicken. Ansonsten erlebt der Bau den "Gastro-Effekt": Wer einmal geht, der ist weg. Die Gastronomie hat die Beschäftigten, die sie in der Pandemie nach Hause geschickt hat, nicht wieder zurückbekommen. Letztlich sind Bauarbeiter die Garanten für mehr Wohnungsbau. Nur mit ihnen hat der Staat überhaupt die Chance, die Wohnungskrise in den Griff zu bekommen.

Vonovia provoziert mit seinem "Bau-Stopp" ein Anwachsen des Bauüberhangs. Schon jetzt gibt es rund 900 000 Wohnungen, die zwar genehmigt, aber noch nicht fertig gebaut sind. Darin kann im Moment also keiner wohnen.

40 Prozent davon stehen nur auf dem Papier – sind also nur geplant. Werden sie jetzt – wie von Vonovia angekündigt – auf Eis gelegt, drohen die Bauprojekte zu sterben. Denn wird innerhalb von zwei Jahren nicht gebaut, dann erlöschen die Baugenehmigungen.

Um das zu verhindern, brauchen wir für alle sozial orientierten Akteure der Wohnungswirtschaft – also für die kommunalen, genossenschaftlichen und kirchlichen Wohnungsunternehmen – ein Sonderprogramm zur "Wohnungsbau-Soforthilfe" für einen Switch von geplanten Projekten hin zu sozialen und bezahlbaren Wohnungen: ein Förderpaket mit Zuschüssen und günstigen Krediten. Auch Umplanungen muss der Staat dabei unterstützen.

Wichtig sind außerdem deutliche Abstriche bei Gesetzen, Vorschriften und Normen, um das Bauen günstiger zu machen. Es kommt jetzt darauf an, alle Wohnungen, die geplant sind und die jetzt auf der Kippe stehen, doch noch an den Markt zu bringen – und zwar mit bezahlbaren Mieten und als Sozialwohnungen.

Ja, es muss etwas passieren. Denn die Probleme, die Vonovia hat, haben andere Wohnungsunternehmen auch. Sie gehen damit nur verantwortungsvoller um.

Lokalkompass.de



## Robert Feiger zum Wohnungsbau-Gipfel: „Es hätte ruhig etwas mehr sein können“



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU, Tobias Seiferthochgeladen von Theodor Groesdonk

„Es hätte ruhig etwas mehr sein können.“ So kommentiert der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Robert Feiger die Ergebnisse des heutigen Wohnungsbaugipfels im Berliner Kanzleramt.

„Grundsätzlich ist der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung natürlich zu begrüßen. Aber er ist im Klein-Klein geblieben, der große Schub zur Ankurbelung des Wohnungsbaus bleibt aus. Das 14-Punkte-Paket ist ein Gemischtwarenladen aus längst bekannten Maßnahmen, finanziell überschaubare Aufstockungen von einigen Förderprogrammen, etwas Deregulierung sowie Ankündigungen ohne große Substanz.“

Was Feiger besonders ärgert ist, dass zahlreiche Förderungen ohne soziale Auflagen gewährt werden sollen. Die angekündigte Sonderabschreibung beim Mietwohnungsbau und ebenso das Förderprogramm für den Umbau von Gewerbeimmobilien beinhalteten keine Mietpreisbindungen. So werde nur ganz minimal bezahlbarer Wohnraum geschaffen, teure „Mitnahmeeffekte“ seien programmiert. „Ich werde nicht müde zu betonen, dass Wohnungsbau nicht nur etwas für Menschen mit hohem Einkommen ist!“ Auch das soziale Mietrecht werde im Papier trotz der dramatischen Lage am Wohnungsmarkt mit keinem Wort erwähnt.

„Sehr optimistisch gerechnet“ seien auch die 45 Milliarden Euro, die Bund und Länder laut dem Papier für den sozialen Wohnungsbau von 2022 bis 2027 bereitstellten. Nach der derzeit vereinbarten Ko-Förderung seitens der Länder in Höhe von 30 Prozent der Bundesmittel seien es nur rund 24 Milliarden. „Das ist viel zu wenig. Wir brauchen 50 Milliarden Euro, um genügend Sozialwohnungen bis zum Jahr 2025 zu bauen. Und weitere 22 Milliarden Euro sind noch in dieser Legislaturperiode notwendig, um auch Wohnungen zu erstellen, die für Menschen mit mittleren Einkommen bezahlbar sind“, sagt Feiger.

„Der Wohnungsbau ist ein starker Motor für die Binnenkonjunktur. An der gesamten Wertschöpfungskette hängen über drei Millionen Arbeitsplätze. Wir dürfen diesen Motor nicht willentlich abwürgen“, so der IG BAU-Chef abschließend.